



# Informationen aus Berlin

**Michael Gerdes**

im Bundestag für Bottrop, Gladbeck und Dorsten

**Nr. 1 + 2 / 27. Januar 2017**

Die Themen der Woche

- Gabriel: Der wirtschaftliche Erfolg ist der Erfolg der Menschen in Deutschland
- Jahreswirtschaftsbericht 2017: Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa
- Rechtsklarheit bei Richtlinien für Wohnimmobilienkredite
- Gelockerter Lärmschutz hilft Sportvereinen
- Sozialkassen im Baugewerbe bleiben bestehen
- Martin Schulz stellt sich der SPD-Bundestagsfraktion vor
- Kommunalpolitische Konferenz in Berlin: Teilnehmer aus Bottrop und Dorsten

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

als Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion habe ich eine turbulente Parlamentswoche mit Personalwechseln und Amtseinführungen erlebt. Nach seinem Verzicht auf Kanzlerkandidatur und Parteivorsitz hat Sigmar Gabriel gestern seine letzte Bundestagsrede als Wirtschaftsminister gehalten und war dabei sehr überzeugend. Die Bilanz des scheidenden Wirtschaftsministers ist gut. Seine letzte Rede in dieser Funktion hat Gabriel genutzt, um klar zu machen, dass wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sein dürfen. Trotz der positiven wirtschaftlichen Lage in Deutschland machen sich nämlich viele Menschen Sorgen um ihre ganz persönliche ökonomische Zukunft, aber auch um die Gesellschaft als Ganzes. Unsere Antwort heißt: Zusammenhalt stärken und Chancen eröffnen.

Wenige Stunden nach Gabriel hielt auch Frank-Walter Steinmeier seine letzte Rede als Bundesminister. Steinmeier hat als oberster Diplomat viele Brücken gebaut und die Interessen Deutschlands mit Bravour vertreten. Ich bin froh, dass wir ihn im Februar zum Bundespräsidenten wählen. Er gibt Orientierung in einer Zeit, wo andere wackeln.

Zusätzlich zum Plenarbetrieb haben wir diese Sitzungswoche für zwei spannende Konferenzen genutzt. Am Mittwoch hat die SPD-Fraktion mit mehr als 300 Teilnehmern über bessere Teilhabe muslimischer Bürger in Deutschland diskutiert. Es ist wichtig, auf Augenhöhe über die alltägliche Situation von Muslimen in Deutschland zu sprechen: mit ihnen und nicht über sie. Es geht darum, das Grundgesetz als Basis unseres Zusammenlebens für alle anzuerkennen. In der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, bei der politischen Partizipation, aber auch bei der Entwicklung eines in Deutschland geprägten Islam müssen Fortschritte gemacht werden. Kontroversen müssen ausgetragen werden, seien sie innerhalb der Muslime oder auch über ihre Rolle und ihr Verhältnis zur Türkei und anderen Herkunftsstaaten.

Die zweite Fraktions-Konferenz am heutigen Freitag richtete den Blick auf die bessere Verzahnung von Kommunal- und Bundespolitik. Insbesondere Entscheidungen im Sozialbereich müssen vor Ort umgesetzt werden. So macht es ohne Frage Sinn, Erfahrungen, Erwartungen und Anregungen mit kommunalen Verantwortlichen zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

**Michael Gerdes**

## **Gabriel: Der wirtschaftliche Erfolg ist der Erfolg der Menschen in Deutschland**

Drei Jahre lang hatte er an dieser Stelle immer positive Nachrichten zu vermelden, drei Jahre ging es bergauf, Schritt für Schritt. An diesem Donnerstag hat er sich als Bundeswirtschaftsminister verabschiedet.

Zum letzten Mal hat Sigmar Gabriel den Jahreswirtschaftsbericht im Bundestag vorgestellt. Zum letzten Mal verkündete er Rekordzahlen am Arbeitsmarkt und beim Bruttoinlandsprodukt. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich demnach nochmals um 320.000 auf mehr als 43,8 Millionen Menschen erhöhen. Die deutsche Wirtschaft wird laut Bericht 2017 um 1,4 Prozent zulegen.

Nun wechselt Sigmar Gabriel ins Auswärtige Amt, seine Nachfolgerin im Wirtschaftsressort wird die erfahrene SPD-Politikerin und bisherige Staatssekretärin Brigitte Zypries. Ihr Nachfolger wiederum wird der SPD-Abgeordnete und Wirtschaftspolitiker Dirk Wiese.

Gabriel erklärte in seiner Rede, weshalb wirtschaftlicher Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit zusammenhängt, mit Teilhabe. Denn so hatte er den Jahreswirtschaftsbericht 2017 betitelt: „Für inklusives Wachstum.“ Gabriel zählte auf: Mindestlohn eingeführt, Niedriglohnbereich verkleinert, Tarifeinheit gestärkt, klammen Kommunen unter die Arme gegriffen, massenhaft in die Infrastruktur investiert.

### **Entlastungen nicht für Millionäre**

Leider profitierten nicht alle davon, so Gabriel. „Das ist alles noch nicht weit genug“, aber wir sind ein gutes Stück vorangekommen“, so der Minister. Die Koalition, mit der SPD-Fraktion als Treiber, sei auf dem Weg, Wohlstand für alle zu organisieren. Als ein Beleg gilt für ihn die Tatsache, dass heute mehr als eine Million Jobs mehr in Deutschland existieren als zu Zeiten der Vorgängerregierung. Dieser wirtschaftliche Erfolg sei der Erfolg der Millionen Menschen, die jeden Tag hart arbeiten und das Land voranbringen. Sie seien die Ursache dieser guten Entwicklung.

Zur Wahrheit gehört aber auch, daraus machte Gabriel keinen Hehl: „Viele Leute, vor allem auf dem Land, fühlen sich aus dem Blick der Politik verschwunden“. Ganze Landstriche verlören den Anschluss, warnte Gabriel. Deshalb müssten die bestehenden Haushaltsüberschüsse investiert werden. In Bildung, in Straßen, Schulen, Digitalisierung. Denn das seien die Herausforderungen der Zukunft.

Für Gabriel steht fest, dass es finanzielle Entlastungen für die Menschen geben müsse – „aber nicht mit der Gießkanne und nicht für Millionäre“. Er warb dafür, die Sozialabgaben zu senken, davon hätten insbesondere die Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen mehr.

Der designierte Außenminister warnte zugleich vor dem Vormarsch autoritärer Antworten; liberale und soziale Demokratien seien auf dem Rückmarsch. „Die Europafeindlichkeit hat ein gefährliches Ausmaß angenommen.“ Sollten bei den Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich den Europafeinden nach dem Brexit weitere Erfolge gelingen, „droht uns wirklich das Auseinanderfallen des größten Zivilisationsprojektes des 20. Jahrhunderts – nämlich der Europäischen Union.“ Deutschland wäre dann isoliert und würde weitere Partner verlieren: „Man kann die Lage gar nicht dramatisch genug empfinden, sagte Gabriel.“ Die Demokratiefeindlichkeit sei zurückgekehrt. Aber: „Die 85 Prozent, die jeden Tag arbeiten gehen, fleißig sind, sich ehrenamtlich engagieren, die repräsentieren Deutschland, nicht die 15 Prozent Schreihälse.“

## **Jahreswirtschaftsbericht 2017: Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa**

Am Donnerstag hat der Bundestag im Rahmen einer Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Jahreswirtschaftsbericht 2017 debattiert.

Unter all den beunruhigenden Nachrichten aus aller Welt gibt es auch etwas beständig Erfreuliches: Der deutschen Wirtschaft geht es gut. Das zeigt der Jahreswirtschaftsbericht 2017 der Bundesregierung. Demnach ist 2016 das Bruttoinlandsprodukt um preisbereinigt 1,9 Prozent und damit so stark wie seit 2011 nicht mehr gestiegen. Und auch dieses Jahr soll es weiter aufwärts gehen. So liegt zum Beispiel die Zahl der Beschäftigten mit mehr als 43 Millionen auf einem Rekordhoch. Dem Bericht zufolge bilden die steigenden Einkommen bei einem gemäßigten Anstieg der Verbraucherpreise günstige Rahmenbedingungen für die privaten Haushalte. Die Haushalte wiederum weiten ihre Konsumausgaben im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit überdurchschnittlich aus und investieren kräftig in Wohnbauten.

Der hohe Beschäftigungsstand trägt, so der Bericht, nicht nur maßgeblich zur Chancengerechtigkeit und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bei, sondern leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.

### **Steigende Ausgaben des Staates für Konsum und Investitionen**

Der Staatshaushalt erzielte im Jahr 2016 einen Überschuss in Höhe von 0,6 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Die gute Lage der öffentlichen Haushalte ermöglicht steigende Ausgaben des Staates für Konsum und Investitionen.

Thomas Oppermann, SPD-Fraktionsvorsitzender, betont: „Wir wollen, dass Deutschland auch weiterhin wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig bleibt. Dafür müssen wir heute die notwendigen Voraussetzungen schaffen: Mit Investitionen in Bildung, ein schnelles Internet und leistungsfähige Verkehrswege. Wir fordern die Union auf, sich dem nicht länger zu verweigern und die Überschüsse des Bundes aus dem Jahr 2016 für notwendige Investitionen in diesen Bereich einzusetzen. Mit 6 Milliarden Euro könnten zum Beispiel 3500 Schulen und berufliche Schulen saniert und für den digitalen Unterricht fit gemacht werden. Wir finden: Wer hart arbeitet und dem Staat Überschüsse erwirtschaftet, der darf zurecht erwarten, dass seine Kinder gute Schulen vorfinden, er schnell ins Internet kommt und Straßen und Eisenbahnen in bestmöglichem Zustand sind.“

Auch Hubertus Heil sagt: „In Deutschland müssen wir die gute wirtschaftliche Lage nutzen, um weiter in die Zukunft zu investieren – vor allem in bessere Schulen und in digitale Innovationen. Ich hoffe, dass Bundesfinanzminister Schäuble seine Blockade gegen diese Zukunftsinvestitionen bald aufgibt.“

Die deutschen Unternehmen werden dem Bericht zufolge im Projektionszeitraum etwas mehr in Ausrüstungen und Maschinen investieren, um die langsam steigende Nachfrage aus dem Ausland bedienen zu können.

Der Welthandel bleibt dagegen verhalten und könnte sogar beeinträchtigt werden. Die Risiken, insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, bleiben beachtlich. Das dämpft laut Wirtschaftsbericht die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen in Ausrüstungen und Bauten. Alles in allem ist derzeit jedoch kein Abbruch des stetigen Aufwärtstrends absehbar.

### **Was ist nun mit inklusivem Wachstum gemeint?**

Aus Sicht der Koalition zeichnet sich inklusives Wachstum durch ein steigendes Wohlstandsniveau aus, das für alle Teile der Bevölkerung Chancen eröffnet und den erarbeiteten Wohlstand fair in der Gesellschaft verteilt.

Neben der Begrenzung von Marktmacht mittels einer wettbewerblichen Wirtschaftsordnung gehört dazu vor allem Chancengerechtigkeit für alle Mitglieder der Gesellschaft. Damit ist auch ein Ausgleich von Einkommensunterschieden verbunden, wie er im Steuer- und Transfersystem verankert ist.

Ein hohes Maß an gesamtgesellschaftlicher Lebensqualität erfordert, dass möglichst viele an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Angesichts der Komplexität einer globalisierten Marktwirtschaft, dem anhaltenden Zuwanderungsdruck aus Krisenregionen und der rasant voranschreitenden Digitalisierung gewinnt dieses

Ziel einer möglichst breiten gesellschaftlichen Partizipation am wirtschaftlichen Aufschwung zunehmend an Bedeutung.

Nicht zuletzt mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt spricht vieles dafür, materielle Ungleichheit zu begrenzen, ohne Fehlanreize zu setzen. Vor diesem Hintergrund stärkt die Koalition durch ihre Politik ganz bewusst die Grundlagen für inklusives Wachstum, gesellschaftlichen Zusammenhalt und hohe Lebensqualität.

Für die SPD-Fraktion ist wirtschaftlicher Erfolg eine Frage der Gerechtigkeit. Denn nur mit verlässlichen Einnahmen ist der Staat handlungsfähig und kann für Jobs, Sicherheit und Chancengleichheit sorgen. Umgekehrt gilt zugleich: Nur eine gerechte Gesellschaft kann auf Dauer wirtschaftlich prosperieren. Deshalb setzen sich die Sozialdemokraten zum Beispiel bei den Managergehältern dafür ein, dass auch hier wieder Maß und Mitte herrschen. Die SPD-Fraktion steht für eine soziale Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient.

*Der Bericht lässt sich hier downloaden*

[http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=12](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=12)

**Das Wichtigste zusammengefasst:** Der Jahreswirtschaftsbericht 2017 macht deutlich: Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer sehr guten Verfassung. 2016 ist das Bruttoinlandsprodukt um preisbereinigt 1,9 Prozent und damit so stark wie seit 2011 nicht mehr gestiegen. Auch 2017 wird eine Steigerung erwartet. Ein hohes Maß an gesamtgesellschaftlicher Lebensqualität erfordert, dass möglichst viele an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Die Koalition stärkt durch ihre Politik ganz bewusst die Grundlagen für inklusives Wachstum, gesellschaftlichen Zusammenhalt und hohe Lebensqualität. Die SPD-Fraktion dringt angesichts der guten Lage auf mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

## **Rechtsklarheit bei Richtlinien für Wohnimmobilienkredite**

Eine so genannte Wohnimmobilienkreditrichtlinie, die von der EU vorgegeben war, hatte mit ihrer Umsetzung in deutsches Recht für Verwirrung und Verunsicherung bei der Kreditvergabe durch Geldinstitute geführt. Die Richtlinie zielt auf die zivil- und aufsichtsrechtliche Kreditwürdigkeitsprüfung.

Vor allem die Kreditvergabe bei altersgerechtem Umbau, bei Renovierungen und die Frage der künftigen Kreditfähigkeit hatten in der Praxis zu Umsetzungsschwierigkeiten geführt. Denn Banken hatten wegen vermeintlicher Unklarheiten im Gesetz oft jungen Familien, befristet Angestellten und Senioren keine Kredite mehr gegeben.

Mit einem von der Koalition am Donnerstag neu eingebrachten Gesetzentwurf soll die Umsetzung dieser Richtlinie nun präzisiert werden (Drs. 18/10935).

Wie von der SPD-Bundestagsfraktion gefordert, sieht der Gesetzentwurf unter anderem vor, dass bei den Sicherheiten für ein Darlehen Wertsteigerungen von Immobilien uneingeschränkt berücksichtigt werden dürfen, wenn das Darlehen dem Bau oder der Sanierung der Immobilie dient. Banken haben nun Rechtssicherheit.

## **Gelockerter Lärmschutz hilft Sportvereinen**

Sportangebote vor allem für Kinder und Jugendliche haben in Städten und Gemeinden eine wichtige soziale, integrative und gesundheitliche Funktion und dürfen nicht an den Stadtrand gedrängt werden. Deshalb hat der Bundestag die Zweite Verordnung zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung (Drs. 18/10483, 18/11006) am Donnerstag beschlossen.

Der Lärmschutz in Ruhezeiten, wie ihn die bisherige Regelung für Sportanlagen in Wohngebieten vorsieht, hat dazu geführt, dass Sportvereine ihr Trainingsangebot für Jugendliche häufig reduzieren mussten. Oftmals konnten sie deshalb auch keine neuen Mitglieder aufnehmen. Dazu kommt, dass viele Schulen im Rahmen ihrer Ganztagsangebote mit Sportvereinen zusammenarbeiten und die Sportflächen am Nachmittag durch Schulen genutzt werden. Durch die bestehende Lärmschutzverordnung war bislang eine Verlagerung von Vereinstrainingszeiten in den Abend nur begrenzt möglich oder sogar nicht umzusetzen.

Die geänderte Lärmschutzverordnung erleichtert nun Sport in Wohngebieten. Dazu werden die Immissionsschutzwerte (Lärmschutzwerte) in den abendlichen Ruhezeiten von 20:00 bis 22 Uhr und am Nachmittag von Sonn- und Feiertagen zwischen 13:00 und 15:00 um fünf Dezibel erhöht. Das entspricht den Werten, die ansonsten tagsüber gelten. Außerdem kann der Mindestabstand von einem neuen Spielfeld zur Wohnbebauung geringer als die bislang gültigen 150 Meter ausfallen.

Darüber hinaus wird der Sportbetrieb auf Anlagen, die vor 1991 genehmigt oder zulässigerweise ohne Genehmigung errichtet worden sind, rechtlich besser abgesichert. Der Bonus für Altanlagen gilt auch bei Umbauten, Änderungen der Nutzung und einer leichten Überschreitung der Lärmschutzwerte. Darunter fallen beispielsweise das Verlegen von Kunstrasen oder Renovierungen. Die Maßnahmen werden in der geänderten Verordnung aufgelistet. Das bedeutet, dass Modernisierungsmaßnahmen nicht dazu führen, dass der Sportbetrieb dadurch eingeschränkt werden kann.

Kommunen und Sportverbände begrüßen die Änderung der Sportanlagenverordnung.

**Das Wichtigste zusammengefasst:** Ein neues Gesetz ändert die Lärmschutzgrenzen in den Ruhezeiten am Abend und in der Mittagsruhe an Sonn- und Feiertagen für Sportanlagen in Wohngebieten. Dadurch können Sportvereine wieder mehr Trainingszeiten nutzen. Das unterstützt die soziale, integrative und gesundheitliche Funktion des Sports.

## **Sozialkassen im Baugewerbe bleiben bestehen**

Der Bundestag hat am Donnerstag ein Gesetz zur Sicherung der Sozialkassenverfahren im Baugewerbe (Drs. 18/10631, 18/11001) beschlossen.

In der Baubranche herrschen im Vergleich zu anderen Branchen spezielle Arbeits- und Produktionsbedingungen. Dazu gehören kurze Arbeitsverhältnisse während eines Jahres, häufige Wechsel der Arbeitgeber und ein Beschäftigungsrückgang in den Wintermonaten.

Damit die Beschäftigten der Baubranche trotz dieser Bedingungen sozial gut abgesichert sind, erbringen die Sozialkassen in der Bauwirtschaft einen wichtigen Beitrag. Die gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien schaffen einen Ausgleich für die strukturbedingten Nachteile der Bauarbeitnehmer.

Die Sozialkasse der Bauwirtschaft (SOKA-BAU) ist die gemeinsame Einrichtung der drei Tarifvertragsparteien der Bauwirtschaft. Das sind die Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt, der Hauptverband der deutschen Bauindustrie und der Zentralverband des deutschen Baugewerbes.

Gemeinsam sichern sie die Urlaubsansprüche, eine betriebliche Altersversorgung sowie Ausbildungsförderung für alle Beschäftigten und Betriebe der Bauwirtschaft.

Das geschieht auf der Rechtsgrundlage von allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen. Von den Leistungen der SOKA-BAU profitieren nicht nur bis zu 700.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mehr als 35.000 Auszubildende, mehr als 370.000 Rentnerinnen und Rentner, sondern letztlich die gesamte Baubranche.

Das Bundesarbeitsgericht hatte aus formalen Gründen das Sozialkassenverfahren in der Baubranche in Frage gestellt und damit das System der Sozialkasse erheblich gefährdet. Das öffentliche Interesse an den Sozialkassen des Baugewerbes wird nicht bestritten, dennoch wurden die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen mehrerer Sozialkassentarifverträge für unwirksam erklärt. Das neue Gesetz sichert nun den unveränderten Fortbestand der Sozialkassenverfahren im Bauhauptgewerbe, es verhindert Rückforderungsansprüche und ermöglicht den Einzug ausstehender Beiträge. Das bringt Sicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

### **Martin Schulz stellt sich der Fraktion vor**

Seit Dienstag ist klar, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD werden soll. In einer Sondersitzung der SPD-Fraktion am Mittwochvormittag stellte er sich und seine Beweggründe vor. Über allem steht die soziale Gerechtigkeit. Schulz kann Brücken bauen. Das hat er in Europa lange bewiesen. Auch in der Bundespolitik brauchen wir Menschen, die unterschiedliche Strömungen zusammenführen.



**Fotos (3): Andreas Amann**





## Haltung gegen Hetze

Am 19. Januar besuchte Michael Gerdes kurzentschlossen das Denkmal für die ermordeten Juden Europas (kurz Holocaust-Mahnmal) in der historischen Mitte Berlins. Gerdes: „Wir setzen ein Zeichen für die Opfer und für dieses Denkmal. Wenn die AfD das Holocaust-Mahnmal als Schande für Deutschland bezeichnet, zeigt sie damit ihre hässliche braune Fratze. Geistige Brandstiftung muss gestoppt werden.“

## Kommunalkonferenz mit Vertretern aus Dorsten und Bottrop

Am Freitag, dem 27. Januar lud die SPD-Bundestagsfraktion zur Kommunalpolitischen Konferenz in den Bundestag ein. Denn aus Sicht der Sozialdemokratie muss die kommunale Arbeit ineinandergreifen mit landes- und bundespolitischen Impulsen für eine vorbeugende Politik, die den Menschen Hoffnung gibt, sie ermutigt, in dieser Gesellschaft ihre Chancen zu nutzen.



## Kontakt / Impressum

V.i.S.d.P. Michael Gerdes

in Berlin

Michael Gerdes, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon 030-227 73663  
Fax 030-227 76493  
michael.gerdes@bundestag.de

[www.michaelgerdes-mdb.de](http://www.michaelgerdes-mdb.de)

[www.facebook.com/michaelgerdesmdb](https://www.facebook.com/michaelgerdesmdb)

im Wahlkreis

Michael Gerdes, MdB  
Osterfelder Str. 23  
46236 Bottrop  
Telefon 02041-186421  
Fax 02041-21228  
michael.gerdes@wk.bundestag.de